



## Es gilt das gesprochene Wort!

Hinweis: Diese Rede kann hier als Video abgerufen werden:

<http://www.landtag.ltsh.de/aktuelles/mediathek>

Kiel, 26. September 2019

TOP 30: Medizin-Studienplätze (Drs. 19/1712)

Heiner Dunckel:

## Engpässe in der Ärzteversorgung: Die Wege zum Hausarzt werden immer länger

„Erinnert sich noch jemand an das Erichsen-Gutachten? Ich hatte als Rektor der Europa-Universität Flensburg und dann als Vorsitzender der LRK das zweifelhafte Vergnügen, mich mit diesem Gutachten ausführlicher zu beschäftigen. 2003 wurde eine hochrangig zusammengesetzte Expertenkommission unter Vorsitz von Prof. Dr. Hans-Uwe Erichsen, Jurist, langjähriger Rektor der Universität Münster und langjähriger Präsident der Hochschulrektorenkonferenz, beauftragt, das damalige Hochschulsystem Schleswig-Holsteins unter die Lupe zu nehmen, um den Wissenschaftsstandort Schleswig-Holstein im Vergleich zum Bundesgebiet zu stärken. Zwar sollte keine bestehende Hochschule, kein Hochschulstandort aufgegeben werden, es galt aber, das Hochschulsystem den begrenzten finanziellen Ressourcen anzupassen. Die wichtigste Empfehlung galt der Humanmedizin: Die Ausbildungskapazitäten sollten um rund 26 Prozent abgesenkt werden; gleiches sollte auch für die Bettenkapazität an den beiden Standorten des UKSH gelten. Noch 2009 hat dann unser Landesrechnungshof kritisiert, dass Schleswig-Holstein noch immer überproportional viele Medizinstudierende ausbilde und dass die Empfehlungen der Erichsen-Kommission nicht 1:1 umgesetzt worden seien.“

### Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion  
Landeshaus  
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:  
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05  
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail [pressestelle@spd.ltsh.de](mailto:pressestelle@spd.ltsh.de)  
Web [spd.ltsh.de](http://spd.ltsh.de)

Und heute? Alle reden vom Ärztemangel und den Problemen im Gesundheitssystem. Überall ziehen sich Ärzte – insbesondere in der ländlichen Region – in den Ruhestand zurück und finden niemanden mehr, der ihre Praxis übernimmt. Ergebnis: Die Wege zum Hausarzt werden immer länger, ganz besonders auf dem Land, die gesundheitliche Versorgung auf dem jetzigen Stand ist bedroht. Der Ärztetag hat im vergangenen Jahr die Forderung aufgestellt, bundesweit mindestens 6.000 neue Studienplätze in der Humanmedizin einzurichten, andere fordern sogar bis zu 6.000 zusätzliche Studienplätze pro Jahr. Dazu sollten materielle Verbesserungen in der Ausbildung kommen, z. B. eine bundesweit einheitliche Vergütung von 1.500 Euro im Monat im Praktischen Jahr. Wir haben bereits jetzt in vielen gesellschaftlichen Bereichen einen Fachkräftemangel, der sich in Zukunft noch verstärken wird. Zu einem erheblichen Teil liegt das daran, dass es zu wenig Interessent\*innen für den betreffenden Beruf gibt. In Medizin ist das nicht so. Hier gab und gibt es schon immer sehr viel mehr Studieninteressierte als Studienplätze. Gerade im ärztlichen Bereich darf es keine flächendeckende Verschlechterung der Versorgung geben, insbesondere nicht bei den Allgemeinmediziner\*innen. Wir diskutieren ja immer wieder über Anreizsysteme wie eine Landarztquote, aber das wird ins Leere gehen, wenn wir motivierten und qualifizierten Abiturienten regelmäßig die Tür zur Universität vor der Nase zuschlagen. Es ist deshalb ein richtiger Ansatz, den Bund an seine Verpflichtung zur Aufrechterhaltung gleichwertiger Lebensverhältnisse zu erinnern und ihn zu einem gemeinsamen Engagement mit den Ländern zu bewegen, bundesweit mehr Studienplätze für Humanmedizin zu schaffen.

Wir müssen uns natürlich darüber im Klaren sein, dass 1.000 Studienplätze bundesweit nur ein Tropfen auf dem heißen Stein sind. Es ist ja auch nicht absehbar, wie diese 1.000 Plätze bundesweit verteilt würden. Wenn der Königsteiner Schlüssel angewendet würde, wären wir mit irgendwas zwischen 28 und 35 Studienplätzen dabei. Aber auch das wäre besser als nichts. Dabei bleibt zu betonen, dass diese Studienplätze selbstverständlich auskömmlich und nicht zu Lasten anderer Studienplätze finanziert sein müssen. Das Bundesverfassungsgericht hat uns aufgegeben, das Zulassungsverfahren in der Medizin neu zu regeln. Ich würde mir nach wie vor wünschen, dass bei der Vergabe z.B. berufliche Vorerfahrungen stärker berücksichtigt würden bzw. worden wären. Die Abiturnote allein sagt wenig über die künftige Eignung für den Arztberuf aus.

Es bleibt aber das Problem, dass wie auch immer motivierte und befähigte Studieninteressierte auf zu wenig Medizinstudienplätze treffen. Meine Fraktion wird deshalb dem Antrag der Koalitionsfraktionen selbstverständlich zustimmen.“